

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Kontokonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Mitte und Dresden-Litke

Abonnementspreis: 600 000, — M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 250 000, — M., Einzelnummer 80 000, — M.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Tel. 26261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Tel. 26261.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die Ugepost, Nonpareilzeile 100 000, — M., auswärts 120 000, — M., die 8gepost, Restamezeile 400 000, — M., auswärts 500 000, — M., Ausland 400 000 u. 1 200 000 M. Bei mehrmal. Ausgabe Ermäßig. Familienangew., Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rab. Für Briefverleger, 40 000 M.

Nr. 199

Dresden, Montag den 27. August 1923

34. Jahrg.

Diktirt Bayern dem Reich?

München, 26. August. Vom Besuche des Reichskanzlers Dr. Stresemann wird amtlich berichtet: Der Reichskanzler hat anlässlich seines persönlichen Besuches beim bayerischen Ministerpräsidenten Gelegenheit genommen, die wichtigsten Fragen der Außen- und Innenpolitik, insbesondere auch hinsichtlich des Verhältnisses zwischen dem Reich und den Ländern, eingehend zu besprechen. Im Vordergrund standen bezüglich der Innenpolitik Erörterungen über die wirtschaftlichen Maßnahmen, die angesichts der augenblicklichen Lage unverzüglich getroffen werden müssten. Dabei wurden in grundsätzlicher Übereinstimmung die Voraussetzungen für ein gedeihliches Zusammenarbeiten zwischen dem Reich und Bayern erneut festgelegt.

Ueber diese amtliche Stilllegung wird man überall lächeln, am meisten in Bayern. Schon daß Herr Stresemann selber nach Mittenwald, der Sommerfrische des Herrn Knilling, fahren mußte, anstatt daß Knilling nach Berlin vorgeladen wurde, zeigt die Schwäche der Reichsregierung. Man darf wohl in Zukunft erwarten, daß Herr Stresemann nun auch zum Ministerpräsidenten Zeigner kommt, wenn wieder etwas zu besprechen ist. Damit also Knilling seine Sommerfrische nicht unterbrechen braucht, opferte Stresemann zwei Rächte, die eine zur Hin- und die andere zur Rücksicht, zwischen durch stellte er die Übereinstimmung für das Zusammenarbeiten mit Bayern fest. Was heißt das? Hat sich der Reichskanzler von Herrn Knilling die Richtlinien für sein Verhalten gegenüber der bayerischen Reaktion vorzeichnen lassen? Das scheint beinahe so. Denn man hört nur, was das amtliche Organ der Regierung über Stresemanns Aufgaben schrieb. Im „Vorläufigen Artikel“ für Stresemann sagte die bayerische Staatszeitung: „Innerpolitisch wird es vor allem darauf ankommen, daß es Stresemann gelingt, seinen Standpunkt durchzusetzen gegenüber der anderen Seite im Kabinett.“

Die „andere Seite“ sind die Sozialdemokraten. Nun fragt sich, was die bayerische Regierung Herrn Stresemann als „seinen Standpunkt“ vorzuschreiben versucht hat. Hier möchten die sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder besonders nachschauen! Aber auch das ganze Volk. Denn für eine einheitliche Politik im Sinne der Gesundung ist vor allem die Brechung der bayerischen Reaktion, das Aufgeben der Duldung und Förderung der Geheimverbände, der Kampf gegen Faschisten und Hitlergarden notwendig. Solange in Bayern das nationalistische Verschwörer- und Mörderneß warm sitzt und die bayerische Regierungspolitik reaktionär und reichsfeindlich bleibt, ist Bayern die schwerste Belastung für das deutsche Volk. Die Regierung Cuno hat Bayern gegenüber der Reichsregierung noch stärker werden lassen, so daß die Gefahr der Konflikt bis zur Drohung mit der Zerlegung des Bundes stieg.

Es ist nun die dringende Aufgabe des Kabinetts Stresemann, die bayerischen Sonder Tendenzen zurückzuführen und sie ungefährlich zu machen. Kann die Koalition in der Reichsregierung das nicht leisten, so hat sie eine ihrer vornehmsten innerpolitischen Pflichten nicht erfüllt. Gerade wir in Sachsen, die wir den fortschrittlichsten Teil der Volksgemeinschaft darstellen, müssen von der Koalitionsregierung fordern, daß sie die Spannung zwischen unserm Streben nach Aufwärts und dem bayerischen Fall nach Abwärts nicht noch vergrößert, sondern Bayern nach unten zieht. Sonst treibt das Reich dem schwersten innern Konflikt entgegen, der von unabschätzbaren Folgen besetzt sein kann.

Die amtliche Fundamentierung über die Verständigungsreise des Reichskanzlers zu Knilling muß durch eine erläuternde Erklärung ergänzt werden, auf daß ersichtlich wird, ob die Reichsregierung die bayerische Regierung auf den Weg der Gesundung drängt — oder umkehrt von Bayern auf den Weg zum Verderben rückt. Das deutsche Volk hat ein Recht auf Klarheit.

Vormarschdrohung aus München

Wien, 25. August. Der Abend veröffentlicht auffordernde Entschlüsse über bayerische nationalistische Antriebe zwischen dem Führer der bayerischen Nationalsozialisten Hitler und dem Reichskanzler Knilling. Die amtliche hat sich ein gemeinsames Vormarsch nach Norddeutschland im geeigneten Moment haben sollen. Wie das Blatt weiter erzählt, haben die deutschösterreichischen Behörden alle erforderlichen Maßnahmen ergriffen, um den Uebertritt von bewaffneten Verbänden über die Grenze zu vereiteln.

Diese Nachrichten ergänzen die Meldungen der letzten Tage, nach denen Hitler in Norddeutschland eifrig tätig war, um alles für eine Aktion und Invasion vorzubereiten. Er wurde von den Verschwörern bereits zum Vorsitzenden des „Kampfbundes“, also des Dreimänner-Diktatorkollegiums bestimmt — falls der Putsch glücken sollte. Und auf dem letzten Kongress der faschistischen Organisationen in Dörfelberg sind ihm, wie wir berichteten, alle diktatorischen Vollmachten über den Beginn des Vorkriegs und die gesamte Aktion übertragen worden.

Der Sitz dieser nationalsozialistisch-faschistischen Zentralgewalt ist München. Was denkt die — bayerische Regierung zu tun, um das Verschwörerneß auszuhacken? Hat Herr Reichskanzler Stresemann darüber mit Herrn Knilling gesprochen? Hat er darüber eine „Übereinstimmung“ erzielt? Und was denkt die Reichsregierung selber zu tun, um den faschistischen Gefahren zu begegnen? Reißt sie sich weiter von den Hitlerbanden bedrohen? Duldet sie ihre internationalen Vorkriegsvorbereitungen? Wagt sie

keinen Griff ins bayerische Wespennest? Die Berliner Koalitionsregierung hat Pflichten! Soll das Vertrauen der Volksmassen ihr gehören, so muß sie erst zeigen, ob sie die Hitlerpest austrotten kann.

Devisen für das Reich!

Die Reichsregierung hat nunmehr die Notverordnung über die Ablieferung ausländischer Vermögensgegenstände veröffentlicht. Die Verordnung geht von der Brotgabe aus und verpflichtet die Gewerdegemeinschaften, also alle Kartellgesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung, für je 10 000 M. Brotgabe für das Wirtschaftsjahr 1923/24 den Gegenwert von zwei Goldmark gegen Goldanleihe zu zahlen. Alle übrigen natürlichen juristischen Personen, Personengesellschaften und Vermögensmassen müssen bis zum 15. September den Gegenwert von einer Goldmark in ausländischen Beschlüssen zu zahlen, andern ausländischen Werten oder diesen gleichgestellten Werten zu leisten, soweit ihnen in der Zeit vom 10. bis 20. August ausländische Vermögensgegenstände oder dergleichen gehört haben. Da die Freigrenze bei 10 Goldmark gezogen ist, sind Gewerdegemeinschaften, die bis zu 50 000 M. Brotgabe gezahlt haben, und andere Steuerpflichtige, die bis zu 100 000 M. Brotgabe zahlten, von der Ablieferungsobligationspflicht nur durch die Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung befreit. Alle übrigen Steuerpflichtigen können sich von der Devisenablieferungsobligationspflicht nur durch die Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung befreien. Aus dieser Versicherung muß hervorgehen, welche ausländischen Vermögensgegenstände sich in der Zeit vom 10. bis 20. August 1923 in dem Vermögen des Steuerpflichtigen befunden hatten und was er noch dem 31. Juli 1923 an Devisen veräußerte. Durch Einsicht in die Bücher und Betriebe können die eidesstattlichen Versicherungen nachgeprüft werden. Wer die vorgeschriebene Erklärung verweigert oder nicht rechtzeitig abgibt, oder wer auf wiederholte Verladung nicht ersicht, bzw. die Prüfung von Büchern und Betrieben nicht gestattet oder verhindert, wird mit Gefängnis nicht unter 6 Monaten, in besonders schweren Fällen mit Buchtaus bis zu 5 Jahren ohne Befristung des Höchstmaßes der Gefängnis bestraft. Wesentlich unrichtige oder unvollständige Angaben werden mit Buchtaus bis zu 10 Jahren, bei mildernden Umständen mit Gefängnis nicht unter einem Jahr und Vermögenskonfiskation bestraft. Für die bisherigen Verträge gegen die Devisenangelegenheit und die Verschleierung des Vermögens bei früheren Steuererklärungen gewährt die Verordnung eine Amnestie und erleichtert dadurch die Abgabe richtiger Erklärungen.

Dem Ablieferungsobligationspflichtigen ist eine Anrechnung des veräußerten Betrages auf die von ihm jährlich zu zahlenden Steuern gestattet. Freigekauft ist ihm auch, ob er als Gegenwert der von ihm gegebenen Devisen Goldanleihezeichnungen vornehmen will oder ob er sie an das Reich gegen Wert zum Dollarkurs verkauft oder sie schließlich auf einem wertbeständigen Wertverleihungsgesellschaft abgibt. Eine gewisse Begünstigung der letzten Verordnungsart gewährt die Verordnung dadurch, daß sie bei einer Ablieferung bis zum 5. September 1923 auf je 100 M., die eingezahlt werden, noch eine Vergütung von 25 M. gewährt. Die Verordnung ist mit sofortiger Wirkung rechtskräftig.

Es ist ganz selbstverständlich, daß die neue Verordnung nur eine Teilmaßnahme der einzuleitenden Schritte zur Besserung unser wirtschaftlichen Verhältnisse ist. Der Reichsfinanzminister ist sich darüber durchaus im klaren und beabsichtigt, schon in aller Kürze weitere Maßnahmen durchzuführen. Vor allem wird zunächst eine Veränderung in der Beamtenbesoldungspolitik eintreten, der weitere währungs- und finanzpolitische Maßnahmen folgen sollen. Die Vorarbeiten sind bereits im Gange und dürften bald soweit abgeschlossen sein, daß sie den gesetzgebenden Körperschaften zur Beratung vorgelegt werden können. Außerdem aber ist das Reichskabinett davon überzeugt, daß auf die Dauer alle Notverordnungen in währungs- und finanzpolitischer Hinsicht ausfallslos sind, wenn Deutschland nicht in außenpolitischer Beziehung eine Erleichterung erfährt. Die Regierung muß deshalb mit Entschiedenheit ihre Politik der Verständigung fortsetzen und danach trachten, daß der Ruhrkonflikt bald im Wege der Verhandlungen eine Lösung findet.

Wertbeständige Eisenbahntarife ab 1. September

Am 1. September ist die Einführung sogenannter wertbeständiger Personen-, Gepäck- und Expresskartarife in Aussicht gestellt. Die Beförderungsgebühren werden hierbei in Grundpreisen festgelegt, die jeweiligen Erhebungsbeiträge werden durch Veranschlagung mit einer (noch bekanntzugebenden) Schlüsselzahl gewonnen. Die kilometrischen Grundpreise sind festgesetzt für 1. Kl. auf 19,8 Pf. (Mindestpreis 1,80 M.), 2. Kl. auf 9,9 Pf. (0,90 M.), 3. Kl. auf 3,2 Pf. (0,30 M.), 4. Kl. auf 2,2 Pf. (0,20 M.). Der Grundpreis der Schnellzugzuschlagarten beträgt für 1., 2. und 3. Kl. in Zone I 3 M., 1,50 M. und 0,50 M., in Zone II 6 M., 3 M., und 1 M., in Zone III 9 M., 4,50 M. und 1,50 M.

Der Preis der Monatskarten wird nach 20 Einzelsfahrten, der Schülermonatskarten nach 10, der Wochenkarten nach 5 Einzelsfahrten berechnet. Die Gepäcktarife betragen 0,85 Pf. für ein Kilogramm und 10 Kilogramm, als Mindestgebühr werden 60 Pf. berechnet. Die Expressaufschlag entspricht wie bisher den 60 v. H. erhöhten Kilopreisen; Mindesttarif und Aufschlag erfolgt wie im Güterverkehr.

Außer den übrigen im Personen- und Gepäcktarif enthaltenen sonstigen Gebühren werden auf Grundgebühren zurückgeführt, die mit der jeweiligen Schlüsselzahl vervielfacht werden. Die Beförderungspreise für Personen, Gepäck und Expressgut werden durch Grundpreistafeln und Umrechnungstafeln in Ausdrucksform bekanntgegeben. Die Bestrafen werden zunächst noch nicht nach Grundpreisen berechnet, sondern wie bisher erhoben.

Verständigung mit Frankreich

Von Karl Rautsch

Mit diesem Aufsatz beendet Genosse Rautsch seine in voriger Nummer begonnene Ausführungen zur Frage und Politik der großen Koalition.

Auch dann, wenn die Besitzenden Deutschlands ihre Schuldigkeit tun, ist das Reich noch nicht gerettet. Die Sanierung des Reichsbudgets, der Zahlungsbilanz, der Währung ist nur die eine der Aufgaben der Stunde. Die andere ist die Verständigung mit Frankreich. Auch die energischste und sachkundigste Finanzpolitik kann Deutschland nicht retten, wenn seine Gegner fortjagen, Unmögliches zu verlangen und mit brutaler Gewalt erzwingen zu wollen.

Jeder Versuch einer Verständigung mit Frankreich muß von der Tatsache ausgehen, daß es heute tatsächlich zwei Arten Frankreich gibt. Das eine Frankreich verlangt nach Reparationen bloß, um seine zerstörten Gebiete völlig wieder aufzubauen und seine arg zerrütteten Finanzen in Ordnung zu bringen. Daneben verlangt es Sicherung seiner Grenzen. Es wünscht dies in einer Weise zu erreichen, die Frieden und Freundschaft mit Deutschland ermöglicht.

Das andere Frankreich ist das, dem der Sieg zu Kopf gestiegen ist. Es will die günstige Gelegenheit der Wechsellagert Deutschlands dazu benutzen, es völlig zu zerschlagen, um dann als unbeschränkter Herrscher ganz Europas dasübereinstimmend diesem Frankreich ist die Frage der Reparationen bloß ein Vorwand, ein Schleier, hinter dem es seine wirklichen Absichten vor der Mehrheit des französischen Volkes zu verbergen sucht, die sicher diese Politik ablehnen würde, wenn sie ihr unüberblümt präsentiert würde.

Ein jeder Versuch einer Verständigung mit Frankreich muß sich freihalten von allen Zweideutigkeiten und Unbestimmtheiten, um auch der Gegenseite keinen Raum zur Verschleierung ihrer wahren Absichten mehr zu lassen. Will die französische Regierung wirklich nicht mehr, als daß das deutsche Volk nach Kräften dem französischen hilft, die Kriegsfolgen zu überwinden, dann muß bei ehelichem Willen auf beiden Seiten eine Verständigung möglich sein. Will die französische Regierung freilich mehr, will sie wirklich Deutschlands Zerschlagung und wirtschaftlichen Ruin, dann wird allerdings auch die klügste und erfüllungswilligste deutsche Regierung scheitern müssen. Denn aber wird nicht in Deutschland, wie 1917 in Rußland, die Koalition abgelehnt werden durch eine Diktatur, die das ganze Reich mit eiserner Faust zusammenfaßt.

In Deutschland ist heute die Zahl derjenigen, die diktieren wollen, zu groß, als daß sich ein einziger gegenüber allen anderen durchsetzen könnte. Und die Diktatur Venins stand auf sehr schwachen Füßen, solange sich Rußland dem deutschen Eindringling ohne Rücksicht des Widerstandes gegenüberstand. Hätte Deutschland gesiegt, dann wäre es seit 1918 mit der bolschewistischen Diktatur rasch bergab gegangen. Der Sieg der Entente hat den Bolschewismus gerettet. Ludendorff hat ihm in den Sattel geholfen, was hat ihn davor bewahrt, wieder abgemworfen zu werden.

Richt eine Diktatur, sondern Zerfall und Chaos steht dann Deutschland bevor. Aber Frankreich wird dieses Sieges nicht froh werden. Wenn es der Zusammenbruch des deutschen Wirtschaftslbens den deutschen Arbeitern unmöglich macht, von ihrer Arbeit zu leben, werden immer mehr von ihnen gezwungen werden, sich durch Mündertum und Raub über Wasser zu halten. Begonnen wird sich rasch wiederholen und sie werden nicht immer bloß den Juden gelten. Über das Vandalentum wird sich auch mit Vorliebe gegen den Eindringling wenden, der in freiböser Weise solches Elend über das Land gebracht hat.

Es wäre ein Unsinn, zu glauben, der Vandalenkrieg könne Deutschland retten. Er wird seinen Ruin vollenden. Aber er wird gleichzeitig Frankreich zwingen, immer weitere Gebiete Deutschlands militärisch zu besetzen, die Zahl der Besatzungsstruppen zu verdoppeln, zu verdreifachen, zu vervielfachen. Da mag der Weigen der Generale blühen, der Kriegsgeldverdienenden, der Schieber, dem französischen Volk brächte diese Entwicklung neue Kriegsoffer, neue Steuern, neuen Kriegsdienst, neue Verluste an Menschenleben.

Und was würde es um diesen teuren Preis erkaufen? Jede Aussicht auf Reparationen wäre für immer dahin, seine Finanzen mehr als je zerrüttet und dabei Frankreich in der ganzen Welt verachtet und verachtet, auch bei seinen eigenen bisherigen Verbündeten, denen diese Entwicklung, mögen sie Stunden oder Jahrzehnte Deutschlands sein, diese wirtschaftliche Schädigung bringt, sowie Verlängerung und Intensivierung der qualvollen Unruhe und Unsicherheit der letzten Jahre, Verneuerung der Kriegskrümmen und endgültigen Verzicht auf jede Reparation.

Wander Kriegsgeld auf meinen, daß Frankreich dafür eine Querschnittstellung in der Welt gewinnen würde, wie sie weder Ludwig XIV. noch auch Napoleon je besaßen, und dabei unbeschränkte Sicherheit gegen jeden feindlichen Angriff. Sie vergessen, daß Napoleon, der Unbesiegte, an Rußland zugrunde ging. Wohl kann das heutige Rußland Deutschland nicht helfen und auch Frankreich nicht in Schach halten. Dazu sind seine Industrie und seine Eisenbahnen zu ruiniert, ist es zu isoliert von den großen Industrienationen. Aber das wird nicht ewig so bleiben. Der unwiderstehliche Druck der ökonomischen Bedürfnisse wird ebenso wie den Staatskommunismus auch den heutigen Sozialkapitalismus der Bolschewisten überwinden. Fraglich ist es nur, ob sie selbst diese Veränderung vollziehen werden oder ob es ihres Sturzes bedarf, um wieder größere Bewegungsfreiheit in Rußland aufkommen zu lassen. Aber kommen wird sie und mit ihr ein rascher Aufschwung des russischen Wirtschaftslbens, namentlich wenn englisches und amerikanisches Kapital nachfließt. Binnen einem Dutzend Jahren kann da ein neues, kraftvolles Rußland bestehen. Und wehe dann dem Stiergig-Millionen-Volk der Franzosen, wenn